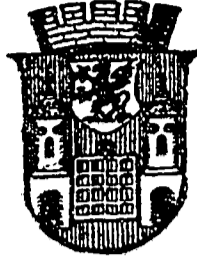


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Stempelpflicht Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestelldatum besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 10

Donnerstag, den 12. Januar 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hielt am Mittwoch seine erste Sitzung im neuen Jahre ab und beschäftigte sich mit der Vorbereitung der Etatsberatung.
Am Donnerstag sind in Warschau die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen worden.
Das Gnadengeis, des berühmten Doppelmörders Wätcher ist vom preussischen Staatsministerium als letzte Spatung abgelehnt worden.
In der Donnerstagsziehung der Preussisch-Südwestischen Klassenlotterie fiel der Hauptgewinn von 100 000 Reichsmark auf die Nummer 83 290, und zwar nach Berlin und Neustrelitz.
In Berlin-Moabit wurde eine Hausverwalterin von zwei Männern niedergeschlagen. Die Täter raubten 700 Mark.
Der im Schnellzug München-Berlin in Saalfeld ergriffene Posträuber Darm hat ein Geständnis abgelegt.

Zu den Millionen-Schiebungen in deutschen Sachlieferungen.

Ein Verfahren der Pariser Staatsanwaltschaft. — Deutsche Firmen beteiligt?

Wie die französische Nachrichtenagentur Havas berichtet, hat die Staatsanwaltschaft in Paris auf Antrag des Finanzministeriums den Untersuchungsrichter beauftragt, eine Reihe von Angelegenheiten zu untersuchen, bei denen es sich um betrügerische Mandate bei der Ausführung von Sachlieferungen auf Reparationskonten handelt. Durch falsche Angaben des wahren Wertes der auf Reparationskonten bezogenen Waren hätten sich die vertragsschließenden Parteien, Deutsche wie Franzosen, beträchtliche Vorteile zu sichern gesucht. Bei diesen betrügerischen Manipulationen sei auch die nicht geklärte Ueberführung von Bargeld aus Deutschland nach Frankreich die Folge gewesen. Die französische Regierung habe, sobald sie Kenntnis von diesen betrügerischen Mandaten erhalten habe, durch die in Frage kommenden Verwaltungsstellen eine Untersuchung veranlassen und beschließen, ein gerichtliches Verfahren in allen den Fällen einzuleiten, in denen strafbare Handlungen festgestellt worden seien.

Wie die französische Presse auf Erfundigungen in gut unterrichteten Kreisen mitteilt, soll es sich um Betrügler handeln, die

ein Mehrfaches von zehn Millionen betragen. Die Regierung sei entschlossen, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen, da andernfalls die Möglichkeit der französischen Kontrahenten bei Abmachungen über die Lieferung auf Reparationskonten diskreditiert werden könnte. Nach „Petit Journal“ hat die Polizei bereits Feststellungen nicht nur in Paris, sondern auch in Straßburg, Schlettstadt und Besancon unternommen. Etwa zwölf Personen seien in die Angelegenheit verwickelt, und wahrscheinlich seien die französischen Käufer mit den deutschen Lieferanten einig gewesen hinsichtlich der Fälschung von Papieren, die es ermöglicht hätten, den Betrag durchzuführen, der in der Hauptsache darin besteht, sich Zollfreiheit für die Einfuhr der auf Reparationskonten gelieferten Waren zu beschaffen.

Die deutsche Auffassung.

Französische Firmen Antizipat zu den Schiebungen.

Wie von zuverlässiger deutscher Seite mitgeteilt wird, dürften die Anregungen zu den unsittlichen Verträgen von französischen Firmen gegeben worden sein. Verantwortliche deutsche Stellen und die allierten Reparationsinstanzen haben von den unerlaubten Operationen vor ihrer Entdeckung keine Kenntnis gehabt. Der Reichskommissar für die Reparationsleistungen hat eine scharfe Kontrolle angeordnet und die in Frage kommenden Firmen zunächst von weiteren Sachlieferungen ausgeschlossen. Es auch eine strafrechtliche Verfolgung der deutschen Firmen notwendig werden wird, steht noch dahin. Eine Schädigung deutscher Interessenten durch die betrügerischen Manipulationen liegt insofern vor, als für Sachlieferungen bestimmte Beträge teilweise als Barzahlung von deutschen Firmen an französische Firmen überwiesen worden sind. Die Frage, wer den Schaden zu tragen hat, ist noch nicht geklärt, aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Alliierten die Leidtragenden sein. Die Namen der an den Schiebungen Beteiligten sollen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Deutsche Instanzen gaben den Anlaß zur Aufdeckung.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, verhält sich die Angelegenheit so, daß das deutsche Sachlieferungsamt in Paris Anfang Dezember vorigen Jahres Veranlassung nehmen mußte, den französischen Sachlieferungsamt auf Unstimmigkeiten aufmerksam zu machen, die anscheinend bei einigen Reparationsverträgen obwalteten. Daraufhin veranfaltete Untersuchungen haben den Verdacht vorgekommener unautentischer Machenschaften bekräftigt, worauf der französische Minister der öffentlichen Arbeiten die Präfekten der zerstörten Gebiete angewiesen hat, in eine Preisprüfung der vorgelegten Reparationsverträge einzutreten. Es muß also festgestellt werden, daß gerade die deutschen Instanzen es waren, die zuerst auf die Machenschaften hinwiesen und den Anlaß zu ihrer Aufdeckung gaben.

Kompromißlösung beim Schulgesetz.

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstages beschäftigte sich gestern in nahezu sechsständiger Sitzung mit den Paragraphen 14, 16 und 20 des Reichsschulgesetzes. Wie am Schluß der Sitzung von dem Vorsitzenden des Ausschusses mitgeteilt wurde, ist über die Paragraphen 14 (Religionsunterricht in den Volksschulen) und 16 (Einsichtnahme in den Religionsunterricht) eine Einigung zwischen den Regierungsparteien erzielt worden, und zwar durch eine Fassung, die der Befürchtung, als könnte die geistliche Ortschulaufsicht wieder entstehen, den Boden entziehen soll. Die Verhandlung über § 20, der die Gebiete aufzählt, die als Simultanschulländer vorläufig von dem Gesetz ausgenommen sind, ist noch nicht zu Ende geführt worden. Der Ausschuß hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Die gestrigen Vereinbarungen über die Paragraphen 14 und 16 werden in der Sitzung des Bildungsausschusses am Donnerstag als formulierte Anträge dem Gesetzentwurf eingefügt werden.

Polen stimmt dem Abschluß eines „kleinen“ Handelsvertrages zu.

Reichsminister a. D. Dr. Hermes ist am Donnerstag mit der deutschen Delegation zur Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wieder in Warschau eingetroffen. Wie verlautet, hat Polen sich nunmehr damit einverstanden erklärt, daß die Verhandlungen zunächst auf die Schaffung eines sogenannten kleinen Handelsvertrages beschränkt werden. Die polnische Presse zeigt große Hoffnungsfreudigkeit. Die Warschauer Blätter geben sich sämtlich der Hoffnung hin, daß Deutschland den polnischen Wünschen in bezug auf die Fleisch- und Rohleinfuhr aus Polen in befriedigendem Umfange entgegenkommen wird. Die deutsche Delegation wird bei den Verhandlungen natürlich das Wohl der gesamten deutschen Volkswirtschaft im Auge behalten. Von Bedeutung ist übrigens noch, daß Polen eine erhebliche Heraussetzung seiner Zollsätze plant, so daß diese Verschlebung durch entsprechende Vergünstigungen für deutsche Waren berücksichtigt werden muß.

Streit um die Grenzpfähle.

Litauen will die Umlegung der Grenzpfähle fortsetzen. Verstärkung der polnischen Wache.

An der polnisch-litauischen Grenze fand eine Zusammenkunft von Vertretern der beiderseitigen Grenzwachposten statt, in der der Grenzzwischenfall, der zur Entschärfung eines litauischen Soldaten geführt hatte, erörtert wurde. Hierbei forderte der litauische Vertreter, daß die Grenzpfähle über den Fluß Wislana hinansgerückt würden, da dieses Gewässer noch zu Litauen gehöre. Der polnische Offizier verweigerte die Ausführung dieses Verlangens und kündigte an, daß im Falle des Umschlagens oder Wegrückens der Grenzpfähle die polnischen Grenzposten entsprechend reagieren würden. Der litauische Vertreter erklärte, die litauische Grenzposten werde mit der Verlegung der Grenzpfähle fortfahren. Daraufhin beschloß Polen, in das Gebiet des Wislana einen besonderen Grenzposten aufzustellen. — Damit dürften neue Zwischenfälle gewiß sein.

Das Kriegsschäden-Schlußgesetz.

Die Begründung der Reichsregierung. — 291 000 zu erledigende Schadensfälle mit einem Friedenswert von 10,4 Milliarden.
Dem Reichstage ist jetzt die Begründung des Kriegsschadensschlußgesetzes zugegangen. Insgesamt sind rund 391 000 Schadensfälle zu erledigen, darunter 61 000 Werbepapier Schadensfälle. Von den restlichen 330 000 Schadensfällen entfallen 95 900 auf das Ausland, 17 500 auf die

ehemaligen Schutzgebiete, 136 800 auf die entziffenen Ost- und Nordgebiete, 34 800 auf oberösterreichische Aufwandschäden und 45 000 auf die entziffenen Westgebiete. Der Friedenswert sämtlicher Schäden wird für Liquidationsschäden auf 7,6 Milliarden, für Gemalischäden auf rund 2,8 Milliarden, insgesamt auf rund 10,4 Milliarden Mark geschätzt. Auf diese Schäden sind bis zum 1. Dezember 1927 als Entschädigung bewilligt worden insgesamt 1014 Millionen Mark, worauf an Liquidationsschäden rund 429, an Gemalischäden rund 535 Millionen entfallen. Weiter 59 Millionen werden das Reichsentenschädigungsamt noch ausschütten, so daß sich die Gesamtentenschädigung auf rund 10 Prozent des Schadens belaufen wird. Das sich nach dem Entwurf ergebende Entschädigungskapital beläuft sich auf 1028,5 Millionen Mark. Hiervon entfallen rund 165,5 Millionen auf die Varentschädigung, rund 737,6 Millionen auf die tilgbaren Schuldbeiträgen und rund 134,4 Millionen auf den untilgbaren Zuschlag. Die Gesamtbelastung des Reiches, die durch die Bewirtung der Sachzahlungen, die Verzinsung und Tilgung begründet wird, beläuft sich auf rund 1561,1 Millionen Mark.

Der Etat des Landwirtschaftsministeriums.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags hat in den letzten Tagen die Beratung des neuen Staatshaushalts mit der Besprechung des Etats des Landwirtschaftsministeriums begonnen. Die Einzelaussprache und die Abstimmungen finden in der kommenden Woche statt. An der Debatte nahmen bisher Vertreter aller Fraktionen und

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger teil, der die gegenwärtigen Verhältnisse der Landwirtschaft schilderte. Wie groß die Not des Landes sei, ergebe sich daraus, daß die Zwangsversteigerung von Grundstücken im Vorjahre der Fläche nach den doppelten Umfang wie 1913 gehabt habe. Das gelte besonders für Ostpreußen, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien und Hannover. Die Verwendung von Kunstdünger, die viel zum Erfolg der Ernte beigetragen habe, leide darunter, daß es den Landwirten an notwendigen Geldmitteln fehle.

Hinsichtlich der Verjüngung der Landwirtschaft gab der Minister seiner Ansicht erneut dahin Ausdruck, daß eine Ueberschuldung der gesamten Landwirtschaft nicht besteht; die Kreditkrise ist nach der Auffassung des Ministers vielmehr in den einzelnen Gegenden verschieden und u. a. auch von der Größe des Besitzes abhängig. Eine Entschuldungsaktion sei natürlich unbedingt notwendig, notfalls müßten die erforderlichen Mittel durch Anleihen beschafft werden. Betriebe, denen nicht mehr geholfen werden könnte, müßten bei der Generalkonzernierung der Real- und Personalschulden ausschneiden.

Die Parteirechner unterstrichen die Notwendigkeit einer staatlichen Hilfsaktion, forderten teilweise eine allgemeine Entschuldungsmaßnahme und betonten insbesondere die Schicksalsverbundenheit der Industrie mit der Landwirtschaft.

Politische Rundschau.

Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten Dr. Schacht zum Feste der silbernen Hochzeit Glückwünsche ausgesprochen.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen über die Erneuerung des Wirtschaftsabkommens nehmen nach Meldungen Pariser Blätter einen zwar langsamen, aber doch guten Verlauf. Allgemein wird ein erfolgreicher Abschluß der Besprechungen erwartet.

Stresemann auf dem Wege zur Genesung.
— Berlin, 12. Januar. Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der bereits seit mehreren Tagen erkrankt ist, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Der Minister hofft, zu Beginn der neuen Woche wieder die Amtsgeschäfte übernehmen zu können.

Angriffe Löbes auf die Reichsregierung.
— Königsberg, 12. Januar. Anlässlich einer Rundgebung des Reichsbanners hielt Reichstagspräsident Löbe hier eine Rede, in der er ausführte, die Aufgabe der nächsten Zeit sei die Zerstärkung der jetzigen Reichsregierung. An ihre Stelle müsse ein auf republikanischem Boden stehendes Kabinett treten. Zum Schluß beschäftigte sich Löbe noch mit der Rede des Stahlhelmführers Düsterberg in Kiel und führte aus, Oberleutnant Düsterberg habe erklärt, daß eine Besserung auf parlamentarischem Wege nicht möglich sein werde. Der „Stahlhelm“ mache sich schlagfertig und marschbereit. Man könnte vielleicht fragen, ob der Oberreichsanwalt, der „so leicht Bedro-